

## **DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK ALS SOUVERÄNER STAAT**

*Viliam LAUKO*

### **1. Die Entstehung der souveränen Slowakischen Republik vor dem Hintergrund von Integration und Desintegration in Europa**

Gegenwärtig bestimmen zwei sehr widersprüchliche, jedoch parallel zueinander verlaufende Prozesse die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Europa: Einerseits konzentrieren sich die Integrationsbestrebungen auf eine wirtschaftliche und politische Union (die EU), andererseits kommt es zum Zerfall multinationaler Staaten (der UdSSR, Jugoslawiens, der ČSSR) mit zum Teil ungewissem Ausgang. Die Logik der gegenwärtigen nationalen Abgrenzung besteht entgegen dem internationalen Trend - im gemeinsamen Ziel, die Lebenssituation der Bevölkerung nach dem gescheiterten sozialen Experiment zu verbessern, durch Transformation ein Prosperieren der Wirtschaft zu ermöglichen und die zivilisatorischen Standards in Europa zu harmonisieren. Vordergründig ist die Desintegration nur ein Problem Mittel- und Osteuropas, während für Westeuropa die Integration typisch zu sein scheint. Dennoch sind Desintegrationstendenzen auch in Westeuropa (bei den Katalanen, Basken, Korsen, Wallonen und im Nordirlandkonflikt) offensichtlich geworden, wenngleich diese bisher nicht zur Entstehung neuer Staaten geführt haben. Die Ursache für die Desintegration ist nicht immer nur der Nationalismus, es kann auch ein gewisses Regionalbewußtsein sein, das die Bevölkerung historisch kultiviert hat. Ein solches kann man z. B. in Deutschland oder Österreich bemerken, wo die Regionen in wichtigen Bereichen innerstaatliche Autonomie genießen. In diesen Ländern werden die Rechte der Landesregierungen in einer besonderen Kammer - dem Bundesrat - zum Ausdruck gebracht, der wichtigen Gesetzen zustimmen muß, sobald die Interessen der Länder berührt werden. Bundesangelegenheiten - die stets die Rechte der Länder aufheben - sind in der Verfassung genau definiert. Ein solches System führt jedoch keineswegs zur staatsrechtlichen Teilung, sondern macht vielmehr eine elastischere und effektiver Steuerung der einzelnen Regionen des Staates möglich. Dies bedeutet den Inbegriff des Föderalismus.

---

*Bemerkung der Herausgeber:*

*V. Lauko analysiert in seinem Beitrag vom geopolitischen, geoökonomischen und historischen Standpunkt einzelne Vor- und Nachteile der damaligen wirtschaftlichen Entwicklung der Slowakei nach der Teilung der ČSFR zum 1.1.1993.*

Der Zerfall der multinationalen Staaten des ehemaligen Ostblocks hat seine eigenen, spezifischen Ursachen. Trotz der proklamierten Gleichberechtigung dominierte immer die größte Nation oder sie hatte auf die Regierungspolitik zumindest maßgeblichen Einfluß (Russen, Serben, Tschechen). Die Sehnsucht der kleineren Nationen nach wirklicher Gleichberechtigung bei entscheidenden Fragen der Innen- und Außenpolitik sowie der Wirtschaft - vor allem das eigene Gebiet wie auch die Wahrung der kulturellen Identität betreffend -, war tief im sozialen Bewußtsein verborgen und mußte nach dem Zusammenbruch des Kommunismus erst freigelegt werden. Viel größer war die Unterdrückung durch die Machtausübung der alleinherrschenden kommunistischen Partei, die wiederum der KPdSU verantwortlich war. Dies bestätigten die Reaktionen auf den Versuch, im Jahre 1968 eine tatsächlich föderative Ordnung in der ČSSR einzuführen, und die darauffolgende Intervention der Armee der Warschauer Pakts.

So war es nur verständlich, daß nach dem Zerfall des Ostblocks mit der Einführung der Demokratie verdeckte nationale und staatsrechtliche Probleme explosionsartig an die Oberfläche traten. In der UdSSR und in Jugoslawien führten sie zur militärischen Eskalation, während in der ČSFR eine einvernehmliche Lösung der Trennung gefunden werden konnte, die zwar problematisch war, aber die beiden Nationen nicht vollends entzweite. In der Hektik der letzten Jahre zeigten sich seit langem ungelöste Probleme, doch war die Trennung von Tschechen und Slowaken leider auch durch subjektive Ursachen wie etwa zweifelhafte Ambitionen von Politikern oder Parteien geprägt, die nicht unwesentlich zu überhasteten Lösungen - wie etwa zur staatsrechtlichen Teilung in zwei souveräne Republiken - beitrugen.

## **2. Die historischen Voraussetzungen für die Entstehung des souveränen slowakischen Staates**

Das slowakische Volk mußte in seiner langen Geschichte immer wieder um seine Identität kämpfen. Nach dem Zerfall des Großmährischen Reiches war das slowakische Gebiet im 11. Jahrhundert Ungarn zugefallen, wodurch es unter starken Assimilierungsdruck geriet. Auch 800 Jahre später, als die Slowaken ihre nationale Identität in den Prozeß des nationalen Aufbruchs von 1848 einzubringen versuchten und endlich einen eigenen Staat gründen wollten, scheiterten sie. Als eines der Völker der Donaumonarchie gehörten sie weiterhin zur ungarischen Krone, und in den Schulen wie auch in den Ämtern war Ungarisch Unterrichts- bzw. Amtssprache. Vor der endgültigen Magyarisierung wurden die Slowaken jedoch durch den Zerfall der Doppelmonarchie und durch die Schaffung eines gemeinsamen Staates mit den Tschechen gerettet, wenngleich sich aus den Pariser Vororteverträgen von 1919 erwachsene Nachteile später sehr wohl noch zeigen sollten.

Die agrarisch orientierte ungarische Regierung hatte keinerlei Interesse an einer Industrialisierung gehabt, und so trat die Slowakei in den gemeinsamen Staat als der wirtschaftlich weniger entwickelte Partner ein. Im Gegensatz dazu verfügte der tschechische Landesteil mit Böhmen und Mähren aufgrund historischer Bindungen an Deutschland über eine hochentwickelte Industriestruktur, gut ausgebaute Verkehrsverbindungen und ein Schulwesen von hohem Niveau. Die Vertreter des tschechischen Kapitals betrachteten die Slowakei als ein Reservoir für Agrarprodukte und Rohstoffe und lösten die akuten Probleme der Weltwirtschaftskrise sehr zum Nachteil der Slowakei. Aufgrund des niedrigeren Bildungsniveaus wurden aus dem tschechischen Landesteil Beamte in die Slowakei entsandt, um dort in den höheren Dienststellen, in den Schulen und bei der Polizei etc. leitende Positionen zu übernehmen. Dies bedeutete einerseits einen wesentlichen Impuls für die Entwicklung des Schulwesens, der Wissenschaft und des Gesundheitswesens, andererseits verletzte die Behinderung eigener Eliten jedoch den Stolz der alteingesessenen Bevölkerung und erzeugte bei ihr ein Gefühl der Diskriminierung, wodurch nationalistisches Gedankengut erst richtig aufleben konnte. (Ein ähnliches Problem ist heute in abgeschwächter Form in der ehemaligen DDR zu beobachten, wo Führungspositionen von Fachleuten aus dem bundesdeutschen Gebiet wahrgenommen werden.) Die Aversionen nahmen noch zu, als aus dem tschechischen Landesteil Leute zusiedelten, die dem Konkurrenzdruck in ihrer Heimat aufgrund mangelnder beruflicher und menschlicher Qualifikation nicht standhalten konnten. Das Zusammenleben der Tschechen und Slowaken in einem gemeinsamen Staat bedeutete für die Slowaken daher nicht wirtschaftliche Entwicklung, sondern eher eine Vertiefung der Kluft zwischen den beiden Völkern.

Der erste slowakische Staat, der zur Zeit der deutschen Okkupation entstanden war und eine staatsrechtliche Trennung der Slowakei vom faschistischen Ungarn brachte, war kein wirklich souveräner Staat, da er als ein Vassallenstaat Deutschlands galt. Bei den Wahlen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erhielt in der Slowakei eine demokratisch orientierte Partei die Stimmenmehrheit, während im tschechischen Teil die kommunistische Partei siegte, die schließlich - mit starker Unterstützung durch die KPdSU- das gesamte Instrumentarium kommunistischer Machtausübung in den wiedererstandenen gemeinsamen Staat mit den Slowaken einbrachte. Im Zuge des sozialistischen Regimes kam es zu wesentlichen Veränderungen in der slowakischen Wirtschaft: Es wurde planmäßig ein Industrialisierungsprozeß eingeleitet, wodurch zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Dieser Industrialisierungsprozeß zeitigte aber nicht nur positive Resultate, da die Industrialisierung auf die Entwicklung der Schwerindustrie, des Hüttenwesens, des Maschinenbaus und der chemischen Industrie konzentriert blieb. Im Bereich des Maschinenbaus entwickelte sich daraus vor allem die Rüstungsindustrie. Diese neue Industriestruktur war in hohem Maße auf die Bedürfnisse der RGW-Länder ausgerichtet, wodurch es in der Folge zu einer Überdimensionierung der sogenannten

“Schmutzindustrien” kam, die hohen Rohstoff- und Energieeinsatz erforderten und die Umwelt schwer belasteten. Daneben fehlte es an Produktionskonzepten für qualitativ hochwertige Endprodukte.

In der ČSFR waren alle für die gemeinsame Republik wichtigen Ministerien, Außenhandelsorganisationen, Banken und anderen tragenden Institutionen in Prag konzentriert. Sie waren zumeist mit tschechischen Fachpersonal besetzt. Die Slowaken bildeten auch in den Auslandsvertretungen nur die Minderheit und hatten in der Regel keine Führungspositionen inne. Für die Slowaken blieb die Fiktion von einer tschechoslowakischen Nation und Sprache, wie sie schon vor dem Zweiten Weltkrieg von den Tschechen propagiert worden war, inakzeptabel, da diese in der Praxis für die Slowaken den Verlust von nationaler Identität und Sprache bedeutet hätte. Und obwohl diese Theorie in der letzten Zeit von den Tschechen nicht mehr offen vertreten worden war, hatte die außenpolitische Propaganda - insbesondere außerhalb Europas - immer wieder die Termini “Tschechoslowakei” bzw. “tschechoslowakisch” durch “Tschechien” bzw. “tschechisch” ersetzt. Damit wurde der “Krieg um den Gedankenstrich” ausgelöst, da die Slowaken nun die Wiedereinführung des Gedankenstriches in der Bezeichnung der Republik (Tschecho-Slowakei) forderten, wie es ursprünglich anlässlich der Staatsgründung vereinbart worden war. Für die Tschechen stellte diese ein unwesentliches Problem dar, für die Slowaken jedoch war es eine Frage ihres Selbstverständnisses, um so für die Welt sozusagen “sichtbar” zu bleiben.

Ein Teil der tschechischen Bevölkerung hatte die Slowakei immer als finanzielle Belastung für den Staat betrachtet; diese Haltung nutzten einige tschechische Politiker, um antislowakische Propaganda zu betreiben, und doch war sowohl in der slowakischen als auch in der tschechischen Teilrepublik nur eine Minderheit für die Teilung des Staates. Umfragen ergaben in der Slowakei eine Zustimmung zur Trennung von 46,4 %, im tschechischen Landesteil von 49 %; hätten die Politiker in Prag an die Slowakei ein großzügigeres Autonomieangebot gemacht, so hätte die Trennung nicht vollzogen werden müssen.

### **3. Die geopolitische und geökonomische Lage der Slowakischen Republik**

Die geographische Lage eines Staates ist von großer Bedeutung für seine Politik, seine Wirtschaft und seine Kultur. Aus diesem Grund war dieser Frage in den geopolitischen Konzeptionen immer große Aufmerksamkeit gewidmet worden. Nach Mackinder ist die zentralkontinentale Lage (das Heartland) die günstigste Voraussetzung, um das Festland zu beherrschen; nach A. Mahan ist es die Küstenlage, die das Beherrschen von Ozeanen ermöglicht, und nach A. Spykman ist es die Lage im Grenzgebiet zwischen zwei Großmächten (als Pufferzone). In einer solchen Pufferzone - zwischen West- und Osteuropa - befand sich die Slowakei im

Rahmen der ČSFR. Aus dieser Lage konnte die Tschechoslowakei jedoch keinen Vorteil ziehen, da sie vom Westen durch den Eisernen Vorhang getrennt war.

Nach dem Zerfall des Ostblocks gab es dieses Schema des bipolar organisierten Europa mit seinen politischen, ökonomischen und militärischen Gegensätzen von kapitalistischen und sozialistischen Staaten nicht mehr. Jetzt spielen bei der Beurteilung der geopolitischen Bedeutung eines Staates vor allem die wirtschaftlichen Bedingungen eine Rolle. Aus diesem Blickwinkel kann man die Lage der Slowakischen Republik zwischen dem wirtschaftlich hoch entwickelten Westeuropa und den ökonomisch schwachen postkommunistischen Ländern eher begreifen. Die beste Auskunft über die wirkliche Position der beiden Staaten Slowakei und Tschechien geben die Kennziffern des BSP/Einwohner und des Außenhandelsanteils pro Einwohner. Ein theoretischer Ansatz nach Dieter Senghaas ist der Dualismus von Zentrum und Peripherie, wonach das Zentrum das industrielle hochentwickelte Westeuropa darstellt, das von einer weniger hoch entwickelten Peripherie umgeben ist. Das Zentrum bedeutet einen höheren Lebensstandard seiner Einwohner, Hochtechnologie, hohes wissenschaftliches Niveau und eine schnellere Umsetzung von technischem Wissen in die Praxis, kombiniert mit einer demokratisch orientierten Staatsverfassung und den Kriterien des Wohlfahrtsstaates.

Einen Teil dieser Peripherie bilden die osteuropäischen Länder. Ihre Einwohner haben ein niedrigeres Einkommen, sie verfügen über eine schwächer entwickelte Produktionstechnologie und eine niedrigere Arbeitsproduktivität. In ihrer Produktion überwiegen Halbfabrikate, und sowohl finanziell als auch informationstechnologisch sind sie von den Industriestaaten abhängig. Dieses Modell von Zentrum und Peripherie wird ergänzt durch die Vorstellung von einer Semiperipherie (Wallerstein, Cohen), die zwischen den beiden Antipoden eine Übergangzone bildet. Die Slowakei ist demnach ein Staat unter Staaten, die sich in dieser Semiperipherie befinden und folgende Charakteristika zeigen:

1. Sie sind strategisch zwischen Zentrum und Peripherie gelegen;
2. sie sind wirtschaftlich höher entwickelt als die Staaten der Peripherie;
3. sie haben eine besser entwickelte Infrastruktur als diese;
4. sie sind für das Zentrum vom Standpunkt der Erreichbarkeit (geringere Transportkosten) in vielerlei Hinsicht wichtig (Rohstoffe, Halbfabrikate, Arbeitskräfte und Märkte);
5. sie können zum Expansionsraum für das Zentrum werden;
6. sie nutzen durch ihre Verbindung die Rohstoffquellen der Peripherie (im Fall der Slowakei: Erdöl, Gas, Kohle, Erze);
7. sie bemühen sich selbst um eine Expansion in Richtung Peripherie;
8. sie sind finanziell und technologisch vom Zentrum abhängig.

Im Übergangsbereich entstanden im Hinblick auf die Vorteile dieser Lage und den dynamischen Wandel lockerere Integrationsgruppen. Für die Slowakei ist die Penta-/Hexagonale von besonderer Bedeutung, deren Mitgliedstaaten Italien, Slowenien, Österreich, Ungarn und Tschechien die Partner der Slowakei sind. Diese Gruppierung umfaßt vor allem die Gebiete der ehemaligen Habsburgermonarchie und vereinigt in sich die Vorteile gemeinsamer Geschichte und Kultur. Eine weitere in diesem geographischen Raum entstandene Gruppierung ist die sogenannte "Visegrád-Gruppe". Sie wird von jenen Reformländern gebildet, die den Beitritt zur EU anstreben, also von Tschechien, Ungarn, Polen und der Slowakei. Die oben erwähnten geopolitischen Gegebenheiten waren für die Slowakei auch in einem Gesamtstaat mit Tschechien vorhanden. Man muß daher auf jene Unterschiede explizit hinweisen, die durch die Trennung entstanden: Tschechien hat eindeutig die günstigere Verbindung zum europäischen Zentrum, wobei hier vor allem die Grenze zu Deutschland und Österreich ins Gewicht fällt. Deshalb hat sich die tschechische Außenpolitik von Anfang an stärker auf Deutschland konzentriert, was sich in einer eher nur lockeren Verbindung zur Visegrád-Gruppe äußert. Tschechien hat auch aufgrund der gemeinsamen Geschichte mit Deutschland eine besondere Affinität zur deutschen Kultur.

Die Slowakei hat jetzt durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union eine wichtige Brücke zum Zentrum erhalten. Dadurch hat sich ihre Lage grundlegend geändert. Von großer Bedeutung ist selbstverständlich immer noch die gemeinsame Grenze mit Tschechien, mit dem sie nach wie vor in vielfältiger Weise verbunden ist. Die Slowakei hat innerhalb der Visegrád-Gruppe die günstigste Lage, da sie in direkter Nachbarschaft zu allen anderen Staaten steht. Im Hinblick auf die osteuropäischen Staaten der Peripherie hat die Slowakei eine bevorzugte Position. Die Nähe sowohl zu den Rohstoffquellen als auch zu den perspektivischen Westmärkten sind für die weitere Wirtschaftsentwicklung höchst bedeutsam. Darüber hinaus kann die Slowakei ihre Übergangslage zwischen West- und Osteuropa als Transitland nutzen, da ihre Haupttransportwege historisch bedingt in West-Ost-Richtung verlaufen. Die günstige Verkehrslage wird durch die Donau noch unterstützt, die als Wasserweg die Slowakei mit den wirtschaftlich hochentwickelten Regionen Deutschlands und Österreichs sowie in entgegengesetzter Richtung mit den osteuropäischen Ländern verbindet.

#### **4. Die sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen der Teilung der ČSFR**

Die Teilung eines zentralistisch gelenkten Staates mit interregionalen Produktionsverbindungen, gemeinsamer Rohstoffnutzung, integriertem Verkehrsnetz, einheitlichem Binnenhandel, gemeinsamem Verwaltungs-, Schul- und Finanzsystem muß naturgemäß zunächst großen wirtschaftlichen Schaden verursachen. Dieser Schaden wirkt sich für den schwächeren Staat - in diesem Fall die Slowakei - im-

mer fataler aus. Die direkten Kosten, die mit der Einführung der neuen Währung, der Einrichtung neuer Regierungsstrukturen, Auslandsvertretungen, Banken u. a. zusammenhängen, sind beträchtlich. Die Trennung des ehemals einheitlichen Staates hat auch auf das Privatleben vieler Menschen direkten Einfluß genommen. In der ehemaligen Tschechoslowakei gab es ständige Bevolkerungsmigrationen, die durch die Wirtschaftstätigkeit und durch die Privatinteressen der Bevölkerung bedingt waren. In den 74 Jahren wurden im gemeinsamen Staat viele Ehen zwischen Tschechen und Slowaken geschlossen; heute schränken die Staatsgrenze, eine andere Währung, neue Zollvorschriften, die jeweilige Staatsbürgerschaft und andere administrative Maßnahmen die Migrationsbewegung der Staatsbürger beider Republiken ein. Die Folgekosten der Teilung der Tschechoslowakei sowohl im wirtschaftlichen als auch im sozialen Bereich abzuschätzen, ist sehr schwierig, da die vorliegenden Statistiken nicht zwischen ursächlichen Zusammenhängen und exogenen Einflüssen unterscheiden. Endogene und exogene Faktoren, die zum Teil in die Vergangenheit zurückreichen und sich mit temporären Faktoren vermischen, beeinflussen das wirtschaftliche und soziale Leben des neuen slowakischen Staates.

In erster Linie sollte man sich dessen bewußt sein, daß der heutige wirtschaftliche und soziale Status vor allem eine Resultat der bisherigen Entwicklung war, für die einseitig ausgerichtete extensives Wirtschaften, strategische Standortplanung und die autarke Ausrichtung auf die RGW-Länder typisch war. Die größten Probleme entstanden jedoch durch die Umstellung der Wirtschaft von der zentralen Plan- auf die Marktwirtschaft mit all ihren Veränderungen in der Eigentumsstruktur, in der Steuer- und Finanzpolitik, die die soziale Lage der Bevölkerung unmittelbar beeinflussen mußten. Zu den exogenen Faktoren gehört der Wegfall der stabilen Auenhandelsbeziehungen innerhalb des RGW, wenngleich diese auch nicht immer vorteilhaft gewesen waren. Die Rückwirkungen auf die Beschäftigung und die wirtschaftliche Lage der Unternehmen furten zu vielfältigen, politischen und ökonomischen Schwierigkeiten, die angesichts der Rezession in der Weltwirtschaft nicht durch Expansion auf den Westmärkten überwunden werden können. In dieser Situation ist es nur logisch und vernünftig, die traditionelle wirtschaftliche Kooperation mit Tschechien fortzusetzen.

### **5. Die Folgen der Eigenstaatlichkeit für die Wirtschaft**

Die Transformation der Wirtschaft hatte schon vor der Teilung des gemeinsamen Staates begonnen. Als Hauptziele wurden bereits damals entworfen: die Privatisierung, die Liberalisierung der Preise und des Außenhandels sowie eine restriktive Währungs-, Budget- und Lohnpolitik. Die Liberalisierung der Preise und des Außenhandels erfolgte bereits in den Jahren 1990-91, weitere Reformen wurden nach der Teilung fortgesetzt. Die Slowakei konnte 1993, im ersten Jahr ihrer

Selbständigkeit, zwar eine geringere wirtschaftliche Rezession verzeichnen, mußte jedoch im Laufe dieses Jahres eine höhere Inflation, Verschuldung und Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen. Die Entwicklung des BSP dürfte jedoch noch nicht ihren Tiefpunkt erreicht haben, wenngleich sich die Rezession inzwischen verringert hat. Den größten Einfluß auf die generell negative Entwicklung hatte der Rückgang der Warenproduktion in der Industrie, der teilweise auf das verringerte Handelsvolumen mit Tschechien zurückzuführen war und durch die nunmehr schwächere Kooperation zwischen tschechischen und slowakischen Betrieben noch verstärkt wurde.

Weitere Probleme ergeben sich nun auch aus der ungünstigen Industriestruktur, die ein Erbe der sozialistischen Industriepolitik darstellt und auf rohstoff- und energieintensive Produktion konzentriert ist. Es sind dies das Eisenhüttenkombinat Košice (Einfuhr von Eisenerzen aus der Russländischen Föderation), das Aluminiumkombinat in Žiar nad Hronom (Einfuhr von Bauxit aus Ungarn) und das Nickelkombinat in Sereď (Einfuhr von Erz aus Albanien). Das Nickelkombinat mußte wegen Unrentabilität und der großen Umweltbelastung bereits geschlossen werden. Umweltbelastungen gibt es jedoch auch durch die vielen nach dem Zweiten Weltkrieg gebauten Chemiebetriebe. Ein weiteres, besonders wichtiges Problem, das die Slowakei noch lösen muß, ist die Konversion der Rüstungsindustrie, die sehr stark im Maschinenbau konzentriert war. Die Konversion war zu schnell in Angriff genommen worden, so daß die Unternehmen auf eine Ersatzproduktion und den Verkauf neuer Erzeugnisse noch nicht vorbereitet waren. Laut Regierungsbeschluß sollte in 25 maßgeblichen Betrieben in der Slowakei die Rüstungsproduktion von 100 % im Jahre 1988 auf 7,2 % im Jahre 1992 reduziert werden; de facto wurden jedoch nur 10,6 % erreicht. 65 % der Rüstungsindustrie der Tschechoslowakei (= 35 Unternehmen), die überwiegend auf schwere Rüstungstechnik konzentriert waren, befanden sich in der Slowakei. Der in der Rüstungsindustrie führende Maschinenbau stand mit anderen Industriezweigen wie der chemischen Industrie, der Gummierzeugung sowie der Produktion von elektrotechnischen und optischen Geräten in enger Verbindung. Aufgrund dieser Konzentration in manchen Regionen mußten dort nun nach der Konversion zwangsläufig soziale Probleme durch verstärkte Arbeitslosigkeit entstehen. So wurden z. B. in Dubnica nad Váhom in einem Unternehmen mit ursprünglich 16.000 Beschäftigten nun in Zuge der Umstrukturierung 8000 von ihnen entlassen.

Ein wichtiger Bestandteil der slowakischen Wirtschaft ist die Landwirtschaft, in der 10,3 % der Beschäftigten arbeiten. Die Landwirtschaft erbrachte im Vergleich mit den ehemaligen RGW-Ländern relativ gute Ergebnisse. Ihre Produktion deckte den gesamten Bedarf an Grundnahrungsmitteln für die slowakische Bevölkerung. Im Zuge des Transformationsprozesses erfuhr die slowakische Landwirtschaft nun folgende bedeutsame Veränderungen:

1. Die staatlichen Subventionen wurden drastisch herabgesetzt;
2. der Produktionsaufwand stieg nichtproportional zu den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte an;
3. der Verkauf von Agrarprodukten auf dem Binnenmarkt nahm ab;
4. die Konkurrenz auf dem Binnenmarkt wurde durch die Einfuhr von Agrarprodukten verschärft;
5. die großen Produktionseinheiten nach sowjetischem Vorbild zerfielen nun in kleine Einheiten;
6. in geringem Maße hat sich wieder das Privateigentum etabliert.

Von allen Veränderungen sind die beiden letztgenannten noch als die günstigsten zu betrachten; die Kürzung der Subventionen verteuerte die landwirtschaftlichen Produkte, wodurch die Nachfrage aufgrund des niedrigen Einkommens der Bevölkerung zwangsläufig sinken mußte. Außerdem bekamen die Produzenten zunehmend die tschechische Konkurrenz zu spüren. Der Produktionsaufwand erhöhte sich in der Landwirtschaft in den Jahren 1989-1992 um 87,1 %, während die Preise für Agrarprodukte um 11,6 % anstiegen. Aus sozialen Gründen ist die Landwirtschaft stets ein hochsubventionierter Bereich, der aus der Konkurrenzpreisbildung herausgenommen bleiben muß. Der Agrarmarkt ist somit reguliert. In den westlichen Ländern ist die Produktion weitgehend industrialisiert und rationalisiert, wengleich die "Ökobauern" hier eine Gegenbewegung darstellen. Die Mehrheit der in der Landwirtschaft Beschäftigten arbeitet nach wie vor in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) und in Staatsbetrieben, weil sie über nicht genügend Kapital und Know-how verfügen, um als selbständige Bauern arbeiten zu können. Das Bruttoprodukt fiel in der Landwirtschaft in den Jahren 1990-92 um ein Fünftel, wobei sich der Tierbestand stark reduzierte. Im ersten Halbjahr 1993 wurden im Vergleich zu Ende 1989 um 38 % weniger Rinder und um 20 % weniger Schweine gehalten. Der durchschnittliche Milchertrag verringerte sich ebenfalls um ein Fünftel. Desgleichen sind die Hektarerträge einzelner Fruchtarten rückläufig; allerdings ist hier keine objektive Einschätzung der politischen Auswirkung möglich, da auch negative Klimaeinflüsse zu verzeichnen waren.

Ausländisches Kapital dringt bis jetzt nur sehr langsam in die slowakische Wirtschaft ein; bis Ende 1993 wurden 366,2 Mio. US-\$ in der Slowakei investiert. Dies entsprach keineswegs dem Bedarf und den ursprünglichen Erwartungen der slowakischen Wirtschaft. Dieses Zögern der ausländischen Investoren ist - wie bereits oben erwähnt - vor allem auf die politische Instabilität im Land zurückzuführen.

## **6. Die Entwicklung des Außenhandels**

Der Anteil der Slowakei am Außenhandel der ehemaligen ČSFR hatte steigende Tendenz gezeigt und lag 1992 bei 30,8 %. Davon war knapp ein Drittel auf den

Export in marktwirtschaftlich orientierte Länder entfallen, was einem Leistungsanteil von 25,5 % am gesamten Export der ČSFR in diese Länder entsprochen hatte. Der Importanteil der Slowakei lag mit 39,9 % höher als ihr Exportanteil. 1989 hatte sich die territoriale Struktur des Außenhandels bereits stark verändert: Der Anteil der ehemaligen RGW-Länder am Umsatz des Außenhandels sank im Export von 57,2 % im Jahre 1989 auf 29,7 % im Jahre 1992. Im gleichen Zeitraum sank der Import von 49,7 % auf 42,5 %. Dies war vor allem auf die sinkende Einfuhr von Erdöl, Gas und Rohstoffen zurückzuführen. Der Verlust der Märkte in den Ländern des ehemaligen RGW betraf vorwiegend den Absatz der Maschinenbau-, der Textil- und der Schuhindustrie. Diese Erzeugnisse ließen sich aufgrund der Konkurrenz und der Rezession auf den Westmärkten nicht mehr hinreichend verkaufen. Die wichtigsten Handelspartner der Slowakei sollten in der Folge die westeuropäischen Länder werden. In den Jahren 1992-93 stieg ihr Anteil am slowakischen Export von 18,4 % auf 42 %, ihr Anteil am Import von 22 % auf 29 %. Einziger Schönheitsfehler ist die Tatsache, daß auf den Westmärkten größtenteils nur Rohfabrikate, die mit hohem Energieaufwand und unter hoher Umweltbelastung erzeugt werden, abgesetzt werden können. So wurden etwa 77 % der slowakischen Hüttenproduktion ins westliche Ausland exportiert.

Trotz der Teilung der ČSFR werden die Wirtschaftsbeziehungen mit Tschechien weiter fortgesetzt. Der Anteil der Tschechischen Republik an der Gesamtausfuhr und -einfuhr der Slowakei betrug 1992 noch 2/5 des Gesamtvolumens, wobei der Export nach Tschechien gegenüber dem Import etwas überwog. Infolge der schlechten Einkommenssituation der slowakischen Bevölkerung sank jedoch der Warenumsatz auf dem Binnenmarkt von 46,8 % im Jahre 1992 auf 39 % im Jahre 1993.

### **7. Die sozialen Folgen der Teilung**

Die ungünstige Wirtschaftsentwicklung während der Transformation zeitigte auch im sozialen Bereich negative Folgen. In den beiden Reformjahren (1991-92) sank das Reallohniveau um etwa 23 %. Die Bevölkerung erhielt zwar im September 1993 um 17,4 % höhere Nominallöhne als im Jahr zuvor, die Reallöhne waren jedoch aufgrund der Inflation um 3,8 % niedriger als 1989. Der durchschnittliche Monatslohn in der Wirtschaft erreichte im September 1993 5104 SK, was etwa 175 US-\$ entsprach. Dieser unerfreuliche Zustand spiegelt nicht nur die ungünstige Wirtschaftsentwicklung, sondern vor allem auch die Inflation und die Veränderungen im Währungsbereich wider. Durch die Abwertung der slowakischen Krone erfolgte eine Abweichung vom Realwert, die der slowakischen Bevölkerung einen eklatanten Wohlstandsverlust bescherte.

Ein großes Problem stellt die Arbeitslosigkeit dar. Bis 1989 war die Arbeitslosigkeit statistisch nicht erfaßt worden, da nach sozialistischer Auffassung jeder ein

Recht auf Arbeit hatte und dies mit Überschäftigung kompensiert wurde. Die Arbeitslosigkeit war erst ab Februar 1990 ein statistischer Faktor. Ende 1992 betrug sie 10,4 %, und bis Ende 1993 stieg sie auf 14,4 % an., was absolut gesehen 368.095 Beschäftigungslose bedeutete. Im Gegensatz dazu entwickelte sich die Arbeitslosigkeit in Tschechien auch im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern sehr günstig. Sie überschritt auch im Jahre 1993 nicht die 4 %-Marke. Ursache dafür war die gezielte Auflösung zahlreicher unrentabler Staatsunternehmen. In der Slowakei kann man mit einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosigkeit rechnen. Die Ursachen dafür sind sowohl in der Privatisierung, in Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmen sowie in Insolvenzen von Betrieben zu suchen.

Unter den Arbeitslosen stellen die jungen Leute bis 25 Jahre den größten Anteil, es folgen Schulabgänger und Universitätsabsolventen einerseits und ungelernete Arbeitskräfte andererseits. Zu letzteren zählen vor allem die Roma (Zigeuner), die mit 51.000 Arbeitslosen Ende 1993 anteilmäßig die größte Gruppe bildeten, gefolgt von 49.000 arbeitslosen Universitäts- bzw. Hochschulabsolventen. Der relative Anteil der arbeitslosen Roma an der Gesamtzahl der Arbeitslosen beträgt 14 %, was nach der Volkszählung von 1991 ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung um das Zehnfache übertrifft.

Die räumliche Verteilung der Arbeitslosigkeit stellt einen Indikator für die regionale wirtschaftliche Differenzierung des Landes dar. Allgemein ist für das Land und kleinere Siedlungen eine höhere Arbeitslosigkeit typisch als in den Städten. Dies ist auf die besondere Konzentration von Wirtschaftstätigkeit in den Städten während der sozialistischen Ära zurückzuführen. Die geringste Arbeitslosigkeit weisen demnach die Hauptstadt der Slowakei - Bratislava - mit 4,5 % und der Kreis Trenčín mit 8,1 % auf. Die zweitgrößte Stadt - Košice - verzeichnet 10 % Arbeitslosigkeit, in allen anderen Gebieten liegt sie über diesem Wert. Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit haben ein gemeinsames Merkmal: ein geringes Industripotential. Dadurch wurde eine Abwanderung aus diesen Regionen ausgelöst, da die Industrie mit 31,5 % nach wie vor der stärkste Beschäftigungsträger ist. Das traditionell am wenigsten entwickelte Gebiet ist die Ostslowakei. Dort ist die Arbeitslosigkeit auch am größten: Vranov nad Topľou - 22,6 %, Michalovce - 22,5 %, Košice-vidiek - 22,6 %, Trebišov - 19,6 %, Svidník - 19,4 % (alle Daten vom Dezember 1993).

Ein weiteres wenig entwickeltes Gebiet ist der Süden der Mittelslowakei, der ebenfalls eine hohe Arbeitslosenrate aufweist: Rimavská Sobota - 26,4 %, Veľký Krtíš - 22,3 %, Lučenec - 22,3 %. Hierzu zählt auch der Kreis Rožňava, in dem die hohe Rate von 22,3 % auf die Krise im Bergbau zurückzuführen ist. Eine ähnliche Situation ist im nördlich gelegenen Kreis Spišská Nová Ves zu beobachten, in dem die Arbeitslosigkeit 23,3 % erreichte. Darüber hinaus ist für diese Kreise auch ein hoher Anteil an Roma typisch. Ein weiteres Gebiet mit hoher Arbeitslosenrate entstand nun auch im Süden der Donauniederung in den Kreisen Komárno

(21,7 %), Dunajská Streda (20,4 %) und Galanta (19,9 %). Diese eigentlich in einem fruchtbaren Gebiet gelegenen Kreise haben den höchsten Beschäftigtenanteil in der Landwirtschaft, wie auch jene bereits genannten Kreise, die an der Südgrenze liegen. 1991 betrug der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft im Kreis Dunajská Streda 19,6 %, im Kreis Rimavská Sobota 17,3 %, im Kreis Trebišov 15,6 %, im Kreis Košice-vidiek 13,9 %, im Kreis Komárno 10,4 % und im Kreis Galanta 10,2 %. Auch hier war die ungünstige Situation in der Landwirtschaft eine der Ursachen für die allgemein hohe Arbeitslosigkeit, wobei der Kreis Galanta vor allem unter der Schließung der Nickelhütte in Sered' zu leiden hatte. Eine Region mit besonders hoher Arbeitslosigkeit bilden die Kreise Čadca (21,0 %) und Dolný Kubín (17,9 %), die in der nordwestlichen Ecke der Slowakei liegen. Dort traf die Teilung der ČSFR die Bevölkerung am härtesten, weil viele Pendler früher in Mährisch-Ostau Arbeit gefunden hatten.

### **8. Zusammenfassung**

Mit 1.1.1993 trat die Trennung der ČSFR in zwei souveräne Staaten - Tschechien und Slowakei - in Kraft. Die Ursachen für die Teilung sind vor allem auf verdrängte Probleme aus der Vergangenheit zurückzuführen. Sie brachte für die Slowakische Republik zwar nicht den befürchteten wirtschaftlichen Zusammenbruch, die Schwierigkeiten der Staatsgründung (der Aufbau einer eigenen Verwaltung und die Transformation der Wirtschaftsordnung) verursachten jedoch einen Rückgang der Produktion, der auch die soziale Lage der Bevölkerung negativ beeinflusste. Der Prozeß der Selbständigwerdung fand zudem unter ungünstigen weltwirtschaftlichen Bedingungen statt, wobei auch der Verlust der Außenmärkte aufgrund des Zerfalls des RGW besonders ins Gewicht fiel.

Die Selbständigwerdung der Slowakei ist jedoch nicht die einzige und keinesfalls die wichtigste Ursache für die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme. Entscheidend ist vielmehr der Übergang von der zentralen Planung zur Marktwirtschaft, der noch zur Zeit der gemeinsamen Republik ausgelöst worden war. Allerdings stehen alle postsozialistischen Reformstaaten vor ähnlichen Problemen. Wenn wir die Wirtschaftsergebnisse der Slowakei mit jenen der anderen ehemaligen RGW-Länder vergleichen, so schneidet die Slowakei gar nicht so schlecht ab. Sie erlebte keinen allzu großen Wirtschaftsschock, keinen so eklatanten Warenmangel und Sozialabbau wie etwa Polen oder die Rußländische Föderation. Allerdings stieg die Arbeitslosigkeit - wenn auch regional unterschiedlich - bedenklich an.

Aus der geographischen Lage der Slowakischen Republik als einer Pufferzone zwischen den Industrieländern Westeuropas und den osteuropäischen Staaten mit perspektivischen Märkten und Rohstoffvorräten können die größten Chancen für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung erwachsen, wobei die gut entwickelten

Infrastrukturen und die relativ billigen und gut ausgebildeten Arbeitskräfte von großem Vorteil sind.

#### **Literatur**

- Bulletin Slovenského Štatistického úradu [Bulletin des Slowakischen Statistischen Amtes] (1993) 12.
- BUŠÍK J. et al. (1993), Správa o Slovensku [Bericht über die Slowakei]. In: Hospodárske noviny, 1.6.1993.
- COHEN S. B. (1991), Global Geopolitical Change in the Post-Gold War Era. In: Annals of the Association of American Geographers 81, 4.
- Ekonomický monitor stavu hospodárstva Slovenskej republiky za júl 1993 [Wirtschaftlicher Monitor der Wirtschaftsfrage der Slowakischen Republik für Juli 1993] (Bratislava: Štatistický úrad Slovenskej republiky 1993).
- GAJDOŠ P., (1992), Sociálno-priestorové súvislosti vývoja Slovenska [Sozialräumliche Zusammenhänge der Entwicklung der Slowakei]. In: Sociológia 24.
- HÄUFLER V. (1984), Ekonomická geografia Československa [Wirtschaftsgeographie der Tschechoslowakei]. Academia, Praha.
- KARÁSZ P., RENCKO J., PAUHOFVÁ L., BAUEROVÁ E. (1994), Ekonomika Slovenska v roku 1994 [Die slowakische Wirtschaft im Jahre 1994]. In: Hospodárske noviny, 1.2.1994.
- LAUKO V. (1993), Slovenská republika [Die Slowakische Republik]. In: Geografia, 1.
- MIŠTERA L. et al., (1985), Geografie Československé socialistické republiky [Geographie der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik]. SPN, Praha.
- OKÁLI I., GABRIELOVÁ H., HLAVATÝ E., KOMÍNKOVÁ Z., OTRATA R. (1993), Hospodársky vývoj Slovenska v prvom polroku 1993 [Die wirtschaftliche Entwicklung der Slowakei im ersten Halbjahr 1993]. In: Hospodárske noviny, 27.9.1993.
- SEDLÁK M. (1994), Ekonomické a sociálne dôsledky transformácie hospodárstva Slovenska [Wirtschaftliche und soziale Konsequenzen der Wirtschaftstransformation der Slowakei]. In: Hospodárske noviny, 7.1.1994.
- SCHMÖGNEROVÁ B. (1993), Konverzia v podnikoch Slovenskej republiky v transformáčnom období [Die Konversion in den Betrieben der Slowakischen Republik während der Transformation]. In: Ekonomický časopis, 41.
- SPERLING W., (1981), Tschechoslowakei. Stuttgart.
- Štatistická ročenka Slovenskej republiky 1992 [Statistisches Jahrbuch der Slowakischen Republik 1992] (Bratislava: Štatistický úrad Slovenskej republiky 1993).